

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dr. Friedbert Pflüger, Dr. Christian Ruck, Christian Schmidt (Fürth), Hartmut Koschyk, Siegfried Helias, Ralf Göbel, Hans Raidel, Ulrich Adam, Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen), Dr. Wolfgang Bötsch, Anke Eymer (Lübeck), Erich G. Fritz, Karl-Theodor Freiherr von und zu Guttenberg, Klaus-Jürgen Hedrich, Joachim Hörster, Volker Kauder, Thomas Kossendey, Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg), Ursula Lietz, Dr. Gerd Müller, Claudia Nolte, Ruprecht Polenz, Helmut Rauber, Dr. Klaus Rose, Volker Rühle, Dr. Wolfgang Schäuble, Bernd Schmidbauer, Dr. Andreas Schockenhoff, Bernd Siebert, Dr. Hans-Peter Uhl und der Fraktion der CDU/CSU**

### **Der Kosovo-Politik eine Perspektive geben**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Deutsche Bundestag hält es für unverzichtbar, das Mandat zur Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der Internationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo (KFOR) zu verlängern. Die Unruhen im Kosovo Mitte März 2004 unterstreichen diese Notwendigkeit. Ein Abzug der Stabilisierungskräfte aus dem Kosovo würde Sicherheit und Stabilität in der gesamten Balkan-Region in Frage stellen. Eine überzeugende Sicherheitspräsenz im Kosovo ist dagegen auch ein wesentlicher Beitrag, um die Stabilität in der Region, auf die die Unruhen nicht übergreifen haben, weiter zu festigen. Weitere Fortschritte in der Region tragen ihrerseits zur Verbesserung der Lage im Kosovo bei.

Allerdings sind die Entwicklungen im Kosovo – gemessen an der Dauer des Einsatzes der internationalen Gemeinschaft seit Juni 1999 – in keiner Weise zufrieden stellend. Zudem bedeuten die Unruhen vom März 2004 einen erheblichen Rückschlag – auch für das Ansehen der internationalen Gemeinschaft. Es ist völlig inakzeptabel, dass die KFOR-Streitkräfte und auch die Bundeswehr zusehen mussten, wie Menschen erneut vertrieben und serbische Häuser, Klöster und Kirchen gebrandschatzt wurden, ohne entscheidend eingreifen zu können.

Der Deutsche Bundestag verurteilt auf das Schärfste die gewaltsamen Ausschreitungen von Kosovo-Albanern, bei denen 19 Menschen getötet, über 900 verletzt sowie über 700 Häuser von Serben, Aschkali und Roma und rund 30 serbisch-orthodoxe Kirchen und Klöster zerstört oder beschädigt wurden. Die für die gewaltsamen Ausschreitungen Verantwortlichen müssen ebenso strafrechtlich verfolgt und verurteilt werden wie diejenigen Personen, die in Medien zu Hass gegen die im Kosovo lebenden Minderheiten aufgerufen und durch einseitige Berichterstattung die Unruhen zusätzlich angeheizt haben. Der Deutsche Bundestag fordert die Provisorische Selbstverwaltungseinrichtung auf, entsprechend ihrer Selbstverpflichtung umgehend dafür zu sorgen, dass die beschädig-

ten oder zerstörten Häuser, Kirchen und Klöster wieder aufgebaut werden bzw. angemessener Schadensersatz geleistet wird. Die überzeugende und nachhaltige Aufarbeitung der Ereignisse durch die Kosovo-Albaner ist eine unverzichtbare Voraussetzung dafür, dass in der Status-Frage Fortschritte erreicht werden können.

Der Deutsche Bundestag stellt fest, dass es in der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Kosovo – viel zu wenig Fortschritte gegeben hat. Die wirtschaftliche Situation wird zunehmend schwieriger – so haben sich die Rahmenbedingungen für den Wiederaufbau von Infrastrukturen und für ausländische Investitionen kaum zum Positiven gewandelt. Hinzu kommt, dass auch die finanzielle Unterstützung aus dem Ausland sowohl von Seiten der Gebergemeinschaft als auch seitens der kosovarischen Diaspora zurückgeht. Die Arbeitslosigkeit, von der insbesondere junge Menschen betroffen sind, liegt bereits deutlich über 50 Prozent und steigt rapide an. Extremismus und Kriminalität, insbesondere Organisierte Kriminalität, haben deutlich zugenommen.

Der Deutsche Bundestag hält deshalb deutliche Korrekturen an der Politik der internationalen Gemeinschaft und ihren Strukturen im Kosovo für erforderlich.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

umgehend eine politische Strategie vorzulegen, mit der die Sicherheit im Kosovo gestärkt und die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung zügig und nachhaltig verbessert werden soll. Die notwendig militärische Präsenz ist kein Ersatz für eine politische Lösung.

1. Der Deutsche Bundestag unterstützt die Entscheidung der Bundesregierung, als Konsequenz aus den Erfahrungen bei der Bewältigung der Unruhen vom März beim Bundeswehr-Kontingent im Kosovo die Ausrüstung zu erweitern, die Ausbildung zu verbessern und die Reserven zu verstärken.
2. Der Deutsche Bundestag hält es für unverzichtbar, dass die Handlungsfähigkeit von KFOR für eine angemessene Bewältigung derartiger Unruhen durch einheitliche und lagegerechte Einsatzregeln und eine entsprechende Ausbildung und Ausrüstung verbessert wird.
3. Die Zusammenarbeit zwischen KFOR, der internationalen Polizeitruppe sowie der Kosovo-Polizei deutlich verbessert werden. Insbesondere muss die Aufklärungskomponente hinsichtlich der Informationsgewinnung über Extremisten und Strukturen der Organisierten Kriminalität verstärkt werden. Untergrundstrukturen und die Organisierte Kriminalität müssen wirksamer bekämpft werden, illegale Waffen müssen eingesammelt werden. Auch muss die Polizei besser auf eine frühzeitige und wirksame Bekämpfung von Unruhen, wie sie Mitte März stattfanden, vorbereitet und ihre Ausstattung mit Schutzkleidung verbessert werden. Zudem ist zu prüfen, wie weit die internationale Polizeitruppe insbesondere durch europäische Kräfte verstärkt werden kann.
4. Hinsichtlich der Erfüllung der Standards (u. a. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Minderheitenrechte, Sicherheit, Marktwirtschaft) müssen UNMIK, KFOR, EU, USA, Kosovo-Albaner und Kosovo-Serben enger und gezielter zusammenarbeiten. Der am 31. März 2004 von UNMIK-Chef Holkeri und dem kosovarischen Ministerpräsidenten Rexhepi vorgelegte detaillierte Plan zur Umsetzung der Standards ist dafür eine wichtige Grundlage. Die Erfüllung von Standards schafft Status. Insofern muss mit Fortschritten bei der Umsetzung der Standards eine weitere Übertragung von Zuständigkeiten an die Provisorische Selbstverwaltungseinrichtung einhergehen.
5. Um die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Kosovo deutlich zu verbessern, ist eine Reform und Europäisierung von UNMIK notwendig. Die

Europäische Union muss dafür mehr Verantwortung übernehmen, wofür die Instrumente des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses gezielter eingesetzt werden müssen. Auch müssen neue Möglichkeiten entwickelt werden, um den Privatisierungsprozess – unabhängig von der Status-Frage – voran zu bringen und neue Investitionen zu erleichtern. Hierfür müssen gezielter als bisher Defizite wie stockende Strukturreformen, schwache oder fehlende marktwirtschaftliche Institutionen und unterentwickelte Infrastrukturen ausgeräumt werden. Weiterhin müssen Parallelstrukturen abgebaut und zwischen den einzelnen Wiederaufbaustrukturen deutlich mehr Kohärenz geschaffen werden. Insbesondere muss sichergestellt werden, dass bei UNMIK die Entscheidungsprozesse deutlich schneller als bisher verlaufen.

6. Eine wichtige Voraussetzung für die Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklung ist die Schaffung von Rechtssicherheit, wofür verstärkte Anstrengungen unternommen werden müssen. Dazu muss auch die Entsendung zusätzlicher Untersuchungsbeamter, Staatsanwälte und Richter gehören.

Berlin, den 25. Mai 2004

**Dr. Friedbert Pflüger**  
**Dr. Christian Ruck**  
**Christian Schmidt (Fürth)**  
**Hartmut Koschyk**  
**Siegfried Helias**  
**Ralf Göbel**  
**Hans Raidel**  
**Ulrich Adam**  
**Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen)**  
**Dr. Wolfgang Bötsch**  
**Anke Eymer (Lübeck)**  
**Erich G. Fritz**  
**Karl-Theodor Freiherr von und zu Guttenberg**  
**Klaus-Jürgen Hedrich**  
**Joachim Hörster**  
**Volker Kauder**  
**Thomas Kossendey**  
**Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg)**  
**Ursula Lietz**  
**Dr. Gerd Müller**  
**Claudia Nolte**  
**Ruprecht Polenz**  
**Helmut Rauber**  
**Dr. Klaus Rose**  
**Volker Rühle**  
**Dr. Wolfgang Schäuble**  
**Bernd Schmidbauer**  
**Dr. Andreas Schockenhoff**  
**Bernd Siebert**  
**Dr. Hans-Peter Uhl**  
**Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion**

